
V. Anhang: Thesen zur sozialistischen Wirtschaftspolitik

1. Arbeitszeitverkürzung

Zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der fortschreitenden Spaltung unserer Gesellschaft, zur Humanisierung der Arbeit und zur Durchsetzung gleicher Bedingungen für Mann und Frau ist eine drastische Verkürzung vor allem der wöchentlichen Arbeitszeit unverzichtbar. Auch wenn die abgelaufenen Tarifrunden die 40- bzw. die 38,5-Stunden-Woche auf Jahre festgeschrieben haben, wäre angesichts des raschen technologischen Wandels eher der 6-Stunden-Arbeitstag und die 30-Stunden-Woche zu fordern als die 35-Stunden-Woche. Wichtig ist allerdings, daß mit Arbeitszeitverkürzungen (mit Überstundenbegrenzungen, Lohnausgleich und kontrollierten Leistungsbedingungen) auch dezentrale Angebote der betriebsbezogenen oder kommunalen Kultur- und Weiterbildung einhergehen und z.B. Stadtteilwerkstätten zur aktiven Freizeitbetätigung zur Verfügung gestellt werden.

2. Mindesteinkommen

Die zunehmende „neue Armut“ insbesondere bei Sozialhilfeempfängern und Kleinstrentnern kann nicht hingenommen werden und erfordert die gesellschaftliche Garantie einer Mindestrente und eines Mindestsatzes an Unterstützung z.B. in Höhe von DM 1.000,— DM pro Monat. Auch für Beschäftigte müssen Mindesteinkommen definiert werden. Konzepte einer Mindestabsicherung für alle, die je nach Bedarf durch Lohn für Arbeit aufgebessert werden kann, entsprechen

auf absehbare Zeit nicht den gesellschaftlichen Möglichkeiten: Falls niemand Lust zur Arbeit hätte, gäbe es keine Ouelle für das „garantierte“ Einkommen für Millionen von Menschen.

3. Beschäftigungsprogramme

Zur Befriedigung des vorhandenen großen sozialen und ökologischen Bedarfs ist ein mit 250 Milliarden DM ausgestattetes und auf fünf Jahre angelegtes öffentliches Beschäftigungsprogramm aufzulegen. Damit besteht auch die Chance der regionalen und sektoralen Strukturpolitik: Von der Arbeitslosigkeit besonders betroffene Regionen können bevorzugt behandelt und die Umstrukturierung der Produktion besonders gefördert werden. Aktivitäten für eine alternative Kommunal- bzw. Regionalpolitik könnten sich mit Belegschaftsinitiativen für eine alternative Produktion oder mit Belegschaftskooperativen verbinden und so zur konkreten Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen beitragen. Maßnahmen zur Energieeinsparung, Wohnungssanierung, Umweltverbesserung und zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs müßten im Mittelpunkt solcher Investitionsprogramme stehen.

In den Beschäftigungsprogrammen müssen Schwerpunktprogramme zur Jugendarbeitslosigkeit und Frauenförderungsprogramme enthalten sein.

Dabei sollte auch das Konzept eines „Zweiten Arbeitsmarktes“, der als zeitlich befristeter Ersatzarbeitsmarkt, als sozialpolitische Maßnahme für die Betroffenen und nicht als Lösung der Arbeitslosigkeit konzipiert ist, Anwendung finden.

4. Humanisierung der Arbeitswelt

Wesentliche Maßnahmen zur Humanisierung der Arbeitswelt sind:

-
- Festschreibung von Mindestnormen bei den Arbeitsbedingungen,
 - die alternative Gestaltung von Technologie und Arbeitsorganisation,
 - die Ausstattung von Vertrauensleuten für Arbeitssicherheit mit dem Recht auf Produktionsunterbrechungen und von Arbeitnehmern mit einem Arbeitsverweigerungsrecht bei der Arbeit mit ungeprüften Schadstoffen,
 - der Einsatz von Technologie-Vertrauensleuten und
 - die Verankerung von Veto-Rechten der Betriebsräte bei der Einführung neuer Systeme.

5. Ökologische Produktion

Wichtige Schritte für eine stärkere Berücksichtigung ökologischer Gesichtspunkte bei der Produktion sind u.a. das Verbot bzw. die Veränderung vorhandener (z.B. krebserregender) Produkte und Produktionen, die Umweltsanierung durch Heranziehen der Verursacher der Schäden sowie einen von der Industrie finanzierten Fonds, die schrittweise Überprüfung aller verwendeten chemischen Substanzen und von Schadstoffkombinationen sowie die Zulassung neuer Substanzen erst nach gründlichen staatlichen Überprüfungen, der Ausstieg aus der Kernenergie, eine Vielzahl von Maßnahmen zum Schutz des Bodens, des Waldes, der Luft sowie der Gewässer und des Grundwassers, eine Verringerung der entstehenden Abfälle sowie deren weitestgehende Aufarbeitung zur erneuten Nutzung und die Verringerung der Lärmbelastigung.

6. Rüstungskonversion

Mit einer wirksamen Politik der Abrüstung, die auch einseitig in Angriff genommen werden muß, und einem Einfrieren bzw. schrittweisen

Verringern des Rüstungsetats stellt sich für die in der Rüstungsproduktion Beschäftigten die Frage nach der Umstellung der Produktion auf die Herstellung sozial nützlicher Güter. Die vorhandenen Belegschaftsinitiativen müssen unterstützt und öffentliche Gelder für eine Umstellung der Produktion zur Verfügung gestellt werden. Von der technologischen Seite her ist es in den Rüstungskonzernen kein Problem, zur Verbesserung der menschlichen Lebensbedingungen auch in den nicht entwickelten Ländern beizutragen anstatt die Zerstörungsmaschinerie zu perfektionieren. Darüber hinaus ist als erster Schritt eine qualitative „Umrüstung“ der Bundeswehr auf rein defensive Möglichkeiten und eine strukturelle „Nichtangriffsfähigkeit“ hin vorzunehmen.

7. Umverteilung der Einkommen und Vermögen

Zur Finanzierung der vorgeschlagenen Maßnahmen muß auf die Profite der Unternehmen sowie die Einkommen und Vermögen der Reichen zurückgegriffen werden, anstatt diese Gruppen durch die Erhöhung der Staatsschulden und steuerliche Privilegien noch reicher zu machen. Wichtige Maßnahmen wären die Erhöhung des Spitzensteuersatzes, die Einführung einer Quellensteuer auf Kapitalerträge, die Festlegung eines monatlichen Höchsteinkommens von z.B. 10.000,— DM, die Erhebung einer Bodenwertzuwachssteuer, die Abschaffung der Abschreibungsmöglichkeiten und Steuervergünstigungen für hohe Einkommen sowie das Eintreiben von Steuerrückständen mit Zinsen. Auf der Ausgabenseite könnten z.B. durch die Streichung des Kindergeldes etwa für monatliche Einkommen von über 4.000,— DM Mittel zugunsten der wirklich Bedürftigen frei werden. Darüber hinaus werden durch die Umlenkung von Milliardenbeträgen aus dem Rüstungsetat, dem Atomprogramm und der Arbeitslosenunterstützung erhebliche Möglichkeiten zur Ausweitung von Beschäftigung und Bedarfsbefriedigung eröffnet.

8. Kontrolle des Kreditsektors

Notwendig ist eine verstärkte öffentliche Kontrolle des Kreditsektors und eine Umlenkung der Geldströme in den produktiven Sektor. Maßnahmen hierzu bilden die Abschöpfung nicht investierter Gewinne, eine verstärkte Besteuerung der Zins- und Spekulationseinkommen und das Drücken des Zinssatzes durch eine andere Notenbankpolitik. Eine wirksame Kontrolle der Geldströme erfordert entsprechende Mitbestimmung und langfristig die gesellschaftliche Kontrolle des Bankensektors.

9. Mehr Mit- und Selbstbestimmung, mehr Demokratie

Die Demokratisierung aller Lebensbereiche, der Abbau von Herrschaft, Bürokratie und Bevormundung ist auf allen gesellschaftlichen Ebenen voranzutreiben. Strukturen der direkten Demokratie und der Selbstbestimmung sowie Rätestrukturen sind soweit wie möglich auszubauen, auch eine Dezentralisierung der Produktion und die Bildung von selbstbestimmten Kooperativen ist zu fördern. Die Mitbestimmung der Beschäftigten ist auf allen Ebenen, d.h. am Arbeitsplatz, in Betrieben und Konzernen, Aufsichtsräten und Vorständen sowie in den Branchen, den Regionen und der Gesamtwirtschaft auszubauen.

Diese notwendigen kurzfristigen Anti-Krisen-Maßnahmen müssen verbunden werden mit Schritten der Umgestaltung der kapitalistischen Systemstruktur. Der sozialdemokratische und Godesberger Weg, der auf umverteilten Wachstumsraten und lediglich mittelbaren Eingriffen in die nicht mehr in Frage gestellte Marktwirtschaft beruhte, ist durch die Wirtschaftskrise an seine Grenzen gelangt und gescheitert. Gescheitert ist andererseits auch das zentralistische Planwirtschaftssystem des sogenannten ‚Realen Sozialismus‘, das sich durch das Scheitern seiner bürokratischen Planung, fehlende demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten und eine katastrophale Umweltzerstörung

als Sackgasse erwiesen hat. Notwendig ist deshalb ein „Dritter Weg“ der Demokratisierung der Wirtschaft, wobei eine schrittweise, reformsozialistische Strategie die kapitalistische Profitlogik durch die Orientierung am gesellschaftlichen Bedarf ablöst.

Wesentliche Elemente der Umgestaltung sind:

10. Investitionslenkung und Rahmenplanung

Zur Absicherung von Prognosen sind dezentrale und zentrale Investitionsmeldestellen einzurichten, die zugleich die Grundlagen für eine wirkungsvolle Investitionslenkung schaffen. Dabei geht es darum, z.B. absehbare Überkapazitäten oder unerwünschte Produktionen zu vermeiden und sinnvolle und gewünschte Investitionen zu fördern und auszuweiten. Die gesellschaftliche Investitions- und Entwicklungsplanung soll den Charakter einer nicht nur unverbindlichen Projektion, sondern einer durch vor allem indirekte (Kredit-, Steuer- und Preispolitik), aber auch direkte Lenkungsmöglichkeiten (Investitionsge- und -verbote) durchzusetzende Zielvorgabe enthalten. Die osteuropäischen Planungserfahrungen, die programmatischen Vorstellungen u.a. der polnischen Gewerkschaft Solidarität und die ungarischen Reformkonzepte empfehlen keine Zentralplanung aller ökonomischen Details, sondern Rahmenpläne mit einer erheblichen betrieblichen Autonomie und das Beibehalten von Marktstrukturen in bestimmten Bereichen. Die Forderung nach „demokratischer Planung“ unterstreicht, daß paritätisch besetzte regionale, sektorale und zentrale Wirtschafts- und Sozialräte für die Vorlage von Planungskonzepten verantwortlich sein und diese letztlich vom Parlament verabschiedet werden sollen. Die Ausweitung der betrieblichen Mit- und Selbstbestimmung sowie der gewerkschaftlichen Rechte macht zusätzlich die bloße Exekution von zentralen Planungsdaten als „Diktatur über die Bedürfnisse“ unmöglich.

11. Eigengesellschaften und Vergesellschaftungen

Zur Durchsetzung einer an den menschlichen Bedürfnissen und ökologischen Erfordernissen orientierten Gesamtwirtschaft ist eine Überwindung des Profitmotivs als zentraler Motor der Entwicklung erforderlich. Die angestrebten Veränderungen werden nur gegen den erbitterten Widerstand des Kapitals und nur dann durchzusetzen sein, wenn die machtmäßigen und ökonomischen Voraussetzungen für eine alternative Steuerung der Wirtschaft vorhanden sind. Nur ein ausreichend großer öffentlicher Sektor („Mindestschwelle der Vergesellschaftung“) und der Verlust der mit der wirtschaftlichen verbundenen politischen Macht des Großkapitals ermöglichen die angestrebten Veränderungen. Dazu sind zunächst die vorhandenen öffentlichen Unternehmen und Beteiligungen zusammenzufassen und koordiniert einzusetzen. Darüber hinaus ist die Vergesellschaftung der jeweils strukturbestimmenden Unternehmen der Eisen- und Stahlindustrie (Umstrukturierung/politische Macht), der chemischen Industrie (Entgiftung der Umwelt), der Pharmaindustrie (kostengünstige medizinische Versorgung), des Energiesektors (bedarfsgerechte ökologische Energiepolitik) sowie der Banken und Versicherungen (außenwirtschaftliche Absicherung, Finanzierung) vordringlich. Ein steuerungs-fähiger öffentlicher Sektor entsteht mit der weiteren Vergesellschaftung des Fahrzeugbaus, der Elektroindustrie und weiterer Metall- und Rüstungsunternehmen. Zur Abrundung eines funktionsfähigen öffentlichen Bereichs wird darüber hinaus die Vergesellschaftung einzelner Unternehmen des Bauwesens, der Konsumgüterindustrie, des Handels sowie des Transport- und Verlagwesens vorgeschlagen, so daß insgesamt ca. 110 Unternehmen in öffentliches Eigentum überführt werden sollen. Mit diesem Konzept ist die Fortexistenz eines privaten Sektors verbunden. Zu bestimmten Zwecken (z.B. für den Außenhandel bzw. die Rohstoffversorgung oder zur Förderung der regionalen Entwicklung) sind neue öffentliche Unternehmen (Eigengesellschaften der öffentlichen Hand) aufzubauen.

12. Massenmobilisierung und politische Bildung

Ein solches sozialistisches Konzept ist nur realisierbar, wenn es von einem breiten Bündnis zwischen Arbeiterbewegung und neuen sozialen Bewegungen getragen und zum Gegenstand einer intensiven Diskussion gemacht wird. Nur die kontinuierliche politische Bildung von Aktivisten, Betroffenen und der breiten Masse kann die Grundlage für den stabilen Willen und für die Machtbasis zu einer durchgreifenden gesellschaftlichen Umgestaltung legen. Alle Konflikte und Auseinandersetzungen müssen als Lernprozesse begriffen werden, die die Analyse der bestehenden Verhältnisse und die Perspektive ihrer notwendigen umfassenden Veränderung betonen können. Und diese Veränderung ist dringend erforderlich, wenn menschliches Leben und Überleben für die Zukunft gesichert werden soll.

Edgar Einemann · Edo Lübbing

**ANDERS
PRODUZIEREN**

*Alternative Strategien
in Betrieb und Region*

Die Autoren

Edgar Einemann, Dr. rer. pol., Dipl.-Soz., arbeitet seit 1975 als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Kooperationsbereich zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen.

1975-1980 Mitarbeit in einem industriesoziologischen Forschungsprojekt und in der Arbeiterbildung; 1980-1985 Arbeit im Arbeiterbildungs-Forschungsprojekt zu „Krise, Rationalisierung und Humanisierung“; zugleich Beteiligung an mehreren gewerkschaftlichen Arbeitskreisen. Seit 1979 Mitglied der Kommission „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ beim Bundesvorstand der Jungsozialisten.

Edo Lübbing, Betriebswirt grad., Dipl.-Ökonom, studierte nach dem Abschluß der Lehre als Groß- und Einzelhandelskaufmann und dem Besuch der Fachoberschule für Wirtschaft. 1978-1980 Angestellter in der Stabsabteilung Betriebswirtschaft eines Großbetriebes der Metallindustrie. 1981-1985 Arbeit im Projekt „Krise, Rationalisierung, Humanisierung“ des Kooperationsbereichs zwischen Universität und Arbeiterkammer Bremen. Beteiligung an mehreren gewerkschaftlichen Arbeitskreisen.

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Einemann, Edgar:

Anders Produzieren: alternative Strategien
in Betrieb und Region / Edgar Einemann;
Edo Lübbing. — 1. Aufl. — Marburg: SP-Verlag,
1985

ISBN 3-924800-33-2

NE: Lübbing, Edo:

SP-Verlag Norbert Schüren GmbH
Deutschhausstraße 31, 3550 Marburg
3. Auflage, Marburg 1986
Copyright © bei SP-Verlag, Marburg 1985
Alle Rechte vorbehalten

Umschlaggestaltung: Martin Kreutter (Foto), Beate Faßnacht
(Satz und Grafik), Marburg

Satz: Reinhard Stang, Neue Pfälzer Post GmbH, Neustadt

Druck und Bindung: Fuldaer Verlagsanstalt, Fulda

Printed in Germany

ISBN 3-924800-33-2

Inhalt

Vorbemerkung	7
Einleitung	9
I. Arbeit, Bewußtsein, Bildungsarbeit	13
1. Vorerst kein „Ende der Arbeitsgesellschaft“	13
1.1 Entwicklungstendenzen im Arbeitsbereich (13)	
1.2 Entwicklungstendenzen im Freizeitbereich (17)	
1.3 Politische und pädagogische Perspektiven (21)	
2. Arbeiterbewußtsein und Klasseninteressen in der Wirtschaftskrise	24
II. Betroffenenforschung für alternative Arbeitsbe- dingungen, Technologien und Produkte	41
1. Arbeitermedizin und Humanisierung 'von unten'	41
1.1 Arbeitsbedingungen und Humanisierungsinteres- sen (41) 1.2 Das Konzept einer „Humanisierung von unten“ (43) 1.3 Bildungsarbeit und Befragungsansatz (46) 1.4 Die Ergebnisse der Befragung (47) 1.5 Huma- nisierungsansätze (53) 1.6 Kooperations- und For- schungsperspektiven (55) 1.7 Forderungsschwer- punkte und Durchsetzungsstrategien zur Humanisie- rung der Arbeit (56)	
Dokument: Fragebogen Arbeitsbelastung	62
2. Rationalisierungsanalyse und Betroffenenforschung	65
2.1 Arbeiterbewegung und kapitalistische Rationali- sierung (65) 2.2 Indikatoren für die Rationalisierung- sanalyse (70) 2.3 Qualitative Ansätze zur Analyse be- trieblicher Rationalisierungsprozesse (75) 2.4 Arbeit- nehmerforschung als Bildungs- und Mobilisierungsin- strument (77)	
Dokument 1: Fragebogen Rationalisierung	80
Dokument 2: Bremer IG Metall zur Rationalisierung	90

3.	Rüstungskonversion und Alternative Produktion als betriebliche und politische Strategie	95
	3.1 Zur Notwendigkeit der Rüstungskonversion (95)	
	3.2 Alternative Produktion und betriebliche Umstellungen sind möglich und notwendig (98)	
	3.3 Rüstungsbeschäftigte für Alternative Produktion (101)	
	3.4 Rüstungskonversion als gewerkschaftliche Strategie (114)	
	3.5 Konversion als gesellschaftspolitische Strategie (117)	
	3.6 Zusammenfassende Thesen: Ideen und Realisierungsbedingungen einer Alternativen Produktion (121)	
	Dokument: Fragebogen zur Alternativen Produktion	124
III.	Alternative Regionalpolitik	128
1.	Zum politischen Ansatz einer alternativen Strukturpolitik auf dezentraler Ebene	128
	1.1 Unzureichende Antworten auf die politische Krise (128)	
	1.2 Umriss einer Alternative (130)	
	1.3 Kommunale und regionale Ansatzpunkte (132)	
2.	Das Beispiel London: Mobilisierende Regionalpolitik zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit	133
	2.1 Der politische Ansatz (133)	
	2.2 Beteiligung der Betroffenen und dezentrale Demokratisierung (135)	
	2.3 Das Frühwarnsystem (139)	
	2.4 Die Gesellschaft zur Förderung der Beschäftigung (140)	
	2.5 Die Technologiennetze (142)	
	2.6 Alternative dezentrale Energiepolitik (145)	
	2.7 Der politische Kampf um London (147)	
3.	Alternative Regionalpolitik zur Krisenbekämpfung und Unterstützung einer alternativen Produktion	149
	3.1 Als Beispiel: Regionale Strukturkrise in Bremen (149)	
	3.2 Zur Kritik einer marktorientierten regionalen Wirtschaftspolitik (151)	
	3.3 Ein Beispiel: Ansiedlungsgesellschaft und Innovationsberatung in den Niederlanden (153)	
	3.4 Modell einer regionalen Eigengesellschaft (154)	
	3.5 Ein Zentrum für sanfte Energietechnologien als Ausdruck regionaler Industriepolitik (165)	

IV. Energiepolitik in der Bundesrepublik und Alternativen der regionalen Energieversorgung	169
1. Die Energieerzeugung und der Energieverbrauch in der Bundesrepublik	170
2. Energieprognosen	173
2.1 Die Prognosen der Bundesregierung und der Energieunternehmen (174)	
2.2 Die Prognosen des Öko-Instituts und der Kernenergie-Enquete-Kommission (176)	
3. Die Energiepolitik der Bundesregierung und die Chancen einer anderen Energieversorgung	180
3.1 Die Energiepolitik der Bundesregierung: Der harte Weg (180)	
3.2 Zur Kritik der Kernenergie (183)	
4. Für eine andere Energiepolitik: Der sanfte Weg	185
4.1 Das Kriterium Energieeinsparungen (186)	
4.2 Das Kriterium der Schonung der nicht regenerierbaren Ressourcen (188)	
4.3 Das Kriterium der Umweltschonung (189)	
4.4 Das Kriterium der sozialen Verträglichkeit (189)	
4.5 Voraussetzungen für den 'sanften' Weg (190)	
5. Konzepte zur städtischen Wärmeversorgung	191
5.1 Die Kraft-Wärme-Kopplung (193)	
5.2 Regionale Energiekonzepte (194)	
5.3 Dezentrale Energieversorgung (199)	
6. Energieversorgung und Arbeitsplätze	200
Dokument: Kleine Begriffserklärung	205
V. Anhang: Thesen zur Sozialistischen Wirtschaftspolitik	207
Literatur	215
Abkürzungen	228